

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer

Kommentare, Tatsachen und Zitate zum
Finanzprogramm der SPD/FDP-Koalition

„Doch mehr Steuern“ — „Die Wahrheit in Raten“ — „Auf dem Rücken der Arbeitnehmer“ — „Schmidt's Geisterbeschwörung“ — „Der Offenbarungseid“ — „Wir löffeln Willy's Suppe aus“ — „Die Quittung“ — „Aufschrei der Nation“ — mit diesen Überschriften kommentiert die deutsche Presse aller Richtungen die Finanzbeschlüsse der SPD/FDP-Bundesregierung vom 29. August 1975, jenem „schwarzen Freitag“ für die Steuerzahler, wie der Präsident des Steuerzahlerbundes, Prof. Haubrich, treffend feststellte. 1969 hatte die SPD/FDP-Koalition volle Staatskassen übernommen; dieses Erbe solider Finanzpolitik der von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen ist innerhalb weniger Jahre verwirtschaftet worden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung:

„Die Finanzpolitiker der Koalition haben jahrelang den Bürgern eingeredet, daß die Staatsfinanzen in Ordnung seien. Allmählich kommt die Wahrheit, wenn auch in Raten, ans Licht. Die Finanzpolitik der letzten Jahre beruhte auf der Annahme eines sich stetig beschleunigenden inflationären Prozesses. Jede Unterbrechung dieser Entwicklung mußte damit zur finanziellen Katastrophe führen. Wenn die Koalitionspolitiker nun ihren Mut preisen, so ist das zu vergleichen mit dem Mut des Nichtschwimmers, der vom brennenden Schiff ins Meer springt in der Hoffnung, dort eine rettende Hand zu finden.“

Handelsblatt:

„Jetzt kann wohl kein Make-up mehr etwas retten: Der Ruf des Bundeskanzlers, der große Macher zu sein, ist verspielt. Mißt man Helmut Schmidt mit den Maßstäben, die man an die Politik seiner Vorgänger im Kanzleramt angelegt hat, dann muß er heute dem Bürger als innenpolitischer Versager erscheinen. Die tiefste und längste Wirtschaftsrezession der Nachkriegszeit,

deren Ende beim besten Willen immer noch nicht abzusehen ist, steht besonders drastisch für eine Fülle von Fehlleistungen des Machers.

Macher packen zu und setzen energisch durch, was getan werden muß. Wenn der Kanzler auch ein schlechter Konjunkturprognostiker ist, so hätte er gleichwohl seit geraumer Zeit erkennen müssen, daß die öffentlichen Haushalte in hohe Defizite fahren und einschneidende Sparentscheidungen unerläßlich werden. Aber der Macher packt nicht zu und er setzt sich nicht durch. Angesichts eines 40-Milliarden-Lochs im Bundeshaushalt 1976 ist es eine Grotteske und Tragödie, daß das sogenannte Sparprogramm immer stärker zusammenschrumpft. Aus der Strukturbereinigung scheinen Schönheitsreparaturen zu werden.“

Frankfurter Rundschau:

„Die Koalition bietet bei ihren Sparanstrengungen kein günstiges Bild. Die Verwirrung vor allem bei der SPD ist groß. Dort hat man sich offensichtlich immer noch nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen können, ob man nun Sparmaßnahmen begrüßen oder verdammern soll. Schon werden aus den Reihen des kleineren Partners FDP öffentlich Zweifel an der Führungskraft des Bundeskanzlers geäußert. An diesem Unvermögen macht sich wieder einmal schmerzhaft das Fehlen eines anerkannten wirtschaftspolitischen Kopfes in der SPD bemerkbar.“

Süddeutsche Zeitung:

„Die Parlamentsfraktionen der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten wurden von der Entwicklung so überfahren, daß es offensichtlich allen Abgeordneten die Sprache verschlagen hat. Die Prognose fällt nicht schwer, daß sie nicht mehr stumm sein werden, wenn sie sich wieder in Bonn versammeln, von den beiden bevorstehenden Parteitagern gar nicht zu reden. Manche Abgeordnete, und nicht nur Delegierte, werden sich schwertun, jene Kröten zu schlucken, die sie noch vor kurzem verleugneten.

Unter diesen Auspizien klingt des Bundeskanzlers Ankündigung, die Koalition werde in überzeugender Weise für die Beschlüsse der Regierung im Parlament stimmen, eher wie eine Beschwörung der Geister und nicht wie eine nüchterne Analyse. Die Verblüffung über den Trick, von Ausgabenkürzungen zu reden und Einnahmeverbesserungen (durch Steuererhöhungen und Steigerungen in der Arbeitslosenversicherung) zu beschließen, wird nicht lange anhalten. Die Rechnung, zusätzliche Belastungen für alle unter der Rubrik „Einsparungen“ zu verstecken, kann nicht lange aufgehen.“

Bild:

„Die Stunde der Wahrheit ist da — sie ist bitter. Um den Staatsbankrott abzuwenden, werden wir alle zur Kasse gebeten.

Einer der Hauptschuldigen an der Finanzkatastrophe sitzt mitten unter uns,

ist noch immer Chef der SPD und schweigt — wie immer, wenn es nicht um Entspannungsträume, sondern um unangenehme Fakten geht, ums Geld.

Jahrelang hat Brandt das große Füllhorn ausgeschüttet, Stellen wurden vermehrt, Beamte reihenweise befördert, der Wirtschaft immer mehr Lasten aufgebürdet. Und Scheel, heute ein populärer Präsident, damals Vizekanzler, hat ihn nicht gebremst.

Wer vor der unverantwortlichen Geldverschwendung, vor Inflation und Massenarbeitslosigkeit warnte, wurde als Panikmacher regelrecht verfolgt und an den Pranger gestellt.“

Die Welt:

„Die vielgepriesene Sanierung der maroden Bundesfinanzen hat gar nicht stattgefunden, sie ist nur verschoben auf die späteren Jahre. Wieder einmal wurde über den Tellerrand, den ein verzweifelter Minister einst als politischen Fixpunkt ablehnte, nicht hinausgeschaut. Sanierung der Staatsfinanzen? Volkes Mund weiß, daß Sparen dort am leichtesten fällt, wo man selbst nicht betroffen ist. Und nach dieser Maxime wird jetzt verfahren.

Statt die Ausgaben wirksam zu drosseln, ist man den finanzpolitisch einfachen Weg gegangen und hat schlankweg Steuern und Abgaben erhöht. Angebliche Sparsummen, die dadurch zustandekommen, daß der Bund seine Leistungen für die Arbeitslosen einfach auf die Arbeitnehmerschaft umbucht, dürfen wohl kaum als Sparmaßnahmen eingerechnet werden.“

Hessische Allgemeine, Kassel:

„Das Konzert des Bonner Streichorchesters ist mit einem häßlichen Mißklang zu Ende gegangen. Was auf dem Programm als Sparmelodie angekündigt war, entpuppt sich als Steueroper; statt Sanierungsmusik erklingt vor den Ohren der überraschten Bundesbürger eine Mehrwertsymphonie. Den Dirigenten und seine Konzertmeister scheint bei der radikalen Überarbeitung der Haushaltspartitur der Mut einmütig verlassen zu haben.

Was den Bonner Streichern eingefallen ist, erscheint jedoch nicht nur sozial fragwürdig, sondern auch konjunkturpolitisch bedenklich. Wie will man den Aufschwung fördern, wenn man Verbrauchern und Wirtschaft neue Steuerlasten aufbürdet? Wie will man die Inflation in den Griff bekommen, wenn das Preisniveau mit einem Schlag um zwei Prozentpunkte steigt? Wo bleibt die Steuerreform, wenn Bonn den Bürgern mit der linken Hand wieder wegnimmt, was es ihnen mit der rechten gegeben hat?“

Flensburger Tageblatt:

„Gestern ist uns die Rechnung für jahrelange gesellschafts- und wirtschaftspolitische Traumtänzerie, für finanzielle Unsolidität zugestellt worden: massive Verbrauchssteuererhöhungen im Werte von weit über 10 Milliarden.

Wem es ein Trost ist, daß die dicksten Brocken dieser Rechnung erst zum 1. Januar 1977 fällig werden, der mag sich damit trösten. Zugleich aber folgendes bedenken: Bessere Leistungen des Staates, mehr Lebensqualität gibt es diesmal nicht; im Gegenteil, parallel läuft (übrigens bei weiterer enormer Staatsverschuldung) schon vom nächsten Jahr an und mit kumulierender Wirkung für die folgende Zeit der Abbau sozialer Leistungen von der Arbeits- und Sparförderung bis zum Wohngeld. Was uns seinerzeit als Reform angepriesen wurde, fällt jetzt als „Wildwuchs“ und „Privilegien-Luxus“ dem Rotstift zum Opfer; der Sinn der Steuertarifänderung von 1975 (Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen bei gewisser Belastung erhöhen) wird in sein Gegenteil verkehrt, die Mehrwertsteuererhöhung trifft nämlich die kleinen Leute härter als die großen.“

Rheinische Post:

„Dabei sind sich alle Fachleute darin einig, daß der Fehlbetrag im nächsten Bundeshaushalt, der nur durch gefährlich hohe Kreditaufnahme gedeckt werden kann, nur zum Teil durch die weltweite Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Steuerausfälle zu erklären ist. Ebenso trägt eine verfehlte Ausgabenpolitik der Koalition die Schuld, und dafür war und ist Schmidt als einstmals „erster Minister“ im Kabinett Brandt und seit Mai 1974 als Kanzler selbstverständlich verantwortlich. Es geht nicht um Schuld und Sühne im moralischen, gar rechtlichen Sinne, um das flapsige Schmidt-Wort von 1968, daß die ‚Verantwortlichen der Finanzkrise von 1966 ins Gefängnis gehörten‘ — wohl aber darum, geschickte Bonner Tarnungen der jüngsten Zeit aufzureißen.“

Mannheimer Morgen:

„Es ist ein Teufelskreis, in dem sich die Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Zeit bewegt. Klar zeichnet sich ab, in welche Wirren und Ungereimtheiten ein Staat und eine Volkswirtschaft kommen, wenn die Finanzen nicht mehr in Ordnung sind. Der Zielkonflikt von Steuer- und Konjunkturpolitik wird immer unlösbarer. Unsere Wirtschaftspolitik ist in eine Sackgasse geraten, aus der sich ein klarer Weg nicht abzeichnet. Somit sollte sich die Bundesregierung auch davor hüten, ihre Beschlüsse als ‚Kraftbeweis‘ und ‚hervorragendes Ergebnis‘ zu bezeichnen.“

Frankfurter Neue Presse:

„Vor allem der kleine Mann wird getroffen. Er hat in erster Linie die Zeche für Konjunkturkrise, Arbeitslosigkeit, Inflation, Finanztragödie und Regierungsversagen zu zahlen. Ob man nun an Schlagworten wie sozialer Demontage oder Diktatur des Rotstifts herumfingert, ist gleichgültig. Die breiten Massen sind die Leidtragenden. Der Staat langt noch mehr als bisher in die Lohntüte hinein. Aber die auferlegten Opfer werden nicht genügen, um die gegebene katastrophale Entwicklung rasch zu beenden.“

Westfälische Nachrichten, Münster:

„Nach Finanzminister Apel ist jetzt das ganze Volk vom Pferd getreten worden: Höhere Steuern und weniger Leistungen, mehr Soziallasten und gekürzte Beihilfen — das erzwingt ausgerechnet der Staat, der unter einer SPD/FDP-Führung die Lebensqualität steigern und ‚mit mehr Demokratie erst richtig anfangen‘ wollte. Tatsächlich wird der Brotkorb hoch und höher gehängt. Schmalhans ist — und bleibt wahrscheinlich auf Jahre hinaus — Küchenmeister. Millionen Bürger sind um viele Illusionen ärmer und um etliche Enttäuschungen reicher, Millionen Bürger, die voller Vertrauen geglaubt haben, unter sozialdemokratischer Führung gebe es ein angenehmeres Leben mit größeren Möglichkeiten. Nun haben sie — wie alle anderen — mit der bitteren Wahrheit fertig zu werden: Der Staat ist pleite. Er muß sich, um die Katastrophe zu vermeiden, mit radikalen Operationen zu retten versuchen, die der Bundesfinanzminister einer konsternierten Öffentlichkeit — welche Unverschämtheit — als ‚hervorragendes Ergebnis der Kabinettsberatungen‘ verkaufte.“

So täuschte Schmidt die Bürger

Es ist nur wenige Monate her, da sprachen SPD/FDP, voran Kanzler Schmidt, noch davon, daß „der Aufschwung kommt“. Pläne über Steuererhöhungen wurden rundheraus abgestritten.

„Im Bundesfinanzministerium existieren keinerlei Pläne zu Steuererhöhungen. Anderslautende Behauptungen sind reine Spekulation und entbehren jeder Grundlage. Aus diesem Grunde sind alle Spekulationen über Steuererhöhungen fehl am Platze und sinnlos.“

So SPD-Finanzminister Hans Apel in einer Pressemitteilung seines Hauses am 15. April 1975 — wenige Tage vor den wichtigen Wahlen im bevölkerungsreichsten Bundesland, in Nordrhein-Westfalen.

Hier weitere Zitate des SPD-Kanzlers, die deutlich machen, in welchem Ausmaß die Bevölkerung von ihm getäuscht worden ist:

„Wir werden offensiv sein, bis alles besser geworden ist, viel besser, als wir es vorgefunden haben . . .“

Schmidt am 10. September 1972

„Und deswegen habe ich in meinem ganzen politischen Leben immer versucht, nur soviel zu versprechen, wie ich weiß, daß man halten kann, und möglichst nicht mehr.“

Schmidt am 8. März 1974

„Es kann sein, daß wir — wenn der Winter extrem schlimm und kalt wird — vielleicht für eine kurze Zeit eine Million Arbeitslose haben werden. Aber es ist

ganz ausgeschlossen, daß wir diese Zahl über einen längeren Zeitpunkt haben werden.“

Schmidt am 2. November 1974

„Ich glaube nicht, daß dieser Winter (1974/75) und das kommende Frühjahr uns in eine ökonomische Bedrängnis führen werden.“

Schmidt am 6. November 1974

„Mein im Mai geprägtes Wort, wonach fünf Prozent Preissteigerung zwar schlimm, aber eher zu ertragen sind als etwa fünf Prozent Arbeitslosigkeit, war richtig. Richtig nicht nur für 1972, sondern auch für 1975 ein absolut richtiger Maßstab . . . Man kann aber auch noch 6,5 Prozent Preissteigerung eher ertragen als 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit.“

Schmidt am 8. November 1974

„Dieser Aufschwung kommt. Er braucht Zeit. Noch nicht im Frühjahr, aber im Frühsommer (1975) werden wir sichtbar über den Berg sein.“

Schmidt am 13. Dezember 1974

„Ich würde mit Ihnen eine Wette eingehen, daß in Annäherung an den 30. Juni die Pferde so gewaltig saufen, daß der Finanzminister Angst kriegen wird wegen seiner Steuereinnahmen in den nachfolgenden Jahren.“

Schmidt am 8. Februar 1975

„Wir sind über den Berg weg. Noch nicht alle in der Welt haben diesen Berg überwunden.“

Schmidt im April 1975 im Wahlkampf an Rhein und Ruhr

„Wer behauptet, ein Aufschwung fände gar nicht statt, dem fehlt jede ökonomische Vernunft, wenn er gleichzeitig behauptet, wir müßten die Steuern erhöhen. Das paßt überhaupt nicht zusammen.“

Schmidt am 3. Mai 1975

„Der Tiefpunkt der Konjunktur ist durchschritten. Von nun an geht es in der Bundesrepublik aufwärts.“

Schmidt am 3. Mai 1975

„Ich selbst vertraue in den beginnenden Aufschwung.“

Schmidt am 29. Mai 1975

„Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik macht mir im Jahre 1975 keinerlei Sorgen.“

Schmidt-Interview Süddeutsche Zeitung 24. Juni 1975

„Wir sind ehrlich.“

Schmidt am 29. August 1975 nach Bekanntgabe der Finanzbeschlüsse

Das hat die Koalition verwirtschaftet:

| | 1969 | 1975 |
|--------------------------|--|--|
| Finanzdefizit des Bundes | Kein Defizit, im Gegenteil ein Einnahmeüberschuß von 1,5 Milliarden DM | Über 40,9 Milliarden DM, geplante Einsparungen 3,6 Milliarden DM |

| | | |
|----------------|--|---|
| Inflationsrate | 1,9 Prozent | 6 Prozent |
| Arbeitslose | 179 000 (0,9 Prozent) bei 747 000 offenen Stellen | Über 1 Million, im Winter 1975/76 über 1,5 Millionen (4,5—5,2 Prozent) bei 250 000 offenen Stellen |
| Kurzarbeiter | 1 000 | über 650 000 |

1965/66 war es völlig anders

SPD und FDP verweisen jetzt immer auf die „Rezession unter Erhard“.

Wie war es wirklich?

Damals wurde Ludwig Erhard für seine Aufrufe an den Bürger, „Maß zu halten“, von eben den Sozialdemokraten mit Hohn und Spott übergossen, die heute ihr Sparprogramm als „hervorragendes Ergebnis“ feiern.

Alex Möller, späterer SPD-Finanzminister, anlässlich der ersten Lesung des Haushalts 1967 am 22. November 1966: „Angesichts des vorgelegten Haushaltsentwurfs, der in seiner Mischung von Unfertigkeit und Unsolidität eine Zumutung für das ganze Parlament darstellt, kann man nur noch eine Feststellung ziehen: Die Finanz- und Haushaltspolitik hat ein Stadium an Unvermögen erreicht, das wirklich nicht mehr zu überbieten ist, und bei dem Staat und Wirtschaft ernsthaft Schaden nehmen.“

Heute stellt Alt-Bundeskanzler Ludwig Erhard zum „schwarzen Freitag“ der SPD/FDP-Bundesregierung fest: „Jetzt sind diejenigen, die mich damals am meisten kritisiert haben, in derselben Lage. Der wesentliche Unterschied aber: Damals ging es um knapp drei Milliarden Mark bei einem Haushaltsvolumen von 70 Milliarden Mark; 1976 geht es um mindestens 50 Milliarden, die in der Bonner Kasse bei einem Haushalt von 170 Milliarden fehlen werden. Diese Finanzkatastrophe kann sich leicht zu einer Staatskatastrophe entwickeln.“

Dazu schrieb der angesehene Wirtschafts- und Informationsdienst „Curt L. Schmitt“ am 1. September 1975:

„Auf die ‚Erhard-Rezession‘ reagierte der Staat mit einer kurzfristigen Etateinsparung von sieben Milliarden Mark bei einem Haushaltsvolumen von damals 66,9 Milliarden Mark. Auf die Schmidt-Rezession reagiert Bonn bei einem Etatvolumen von mittlerweile 170 Milliarden mit echten Einsparungen von nur 3,6 Milliarden. Dafür nimmt man den Konsumenten in den Zwangssparprozeß durch Steuererhöhungen. Es grenzt an Hohn, wenn die Macher dieses Planes und ihre kritiklosen Hofpoeten heute als ‚politischen Mut‘ (wegen der Wahlen 1976) feiern, was sich mit Sicherheit 1977 als Tropfen auf den heißen Stein erweisen wird. Aber vielleicht hat die ‚Bonner Rundschau‘ recht, die schon am 29. August schrieb: ‚Es hat den Anschein, als mache der Kanzler mit seinem Klecker-Club durch geschickte Selbstdarstellung aus dem Pleitegeier noch einen Superadler.‘“

Die SPD und die Opposition

Der Sprecher der CDU, Willi Weiskirch, hat die in den letzten Tagen von Regierungssprecher Grünewald wiederholt geäußerte Kritik an Stellungnahmen von Oppositionspolitikern zu den zur Zeit beratenen konjunktur- und finanzpolitischen Maßnahmen mit Zitaten gekontert, an die sich — so der CDU-Sprecher — „ihre Urheber in der derzeitigen Situation nur ungern erinnern dürften“. Da sie aus einer „ähnlichen, wenn auch vergleichsweise weit weniger dramatischen Situation“ stammten, komme ihnen besondere Aktualität zu.

Helmut Schmidt (Hamburg):

„Es steht nirgendwo geschrieben, daß die Opposition dabei helfen soll, eine Regierung aus einer Zwickmühle herauszuholen, in die sie sich selber hineinmanövriert hat.“

(V. Wahlperiode/8. Sitzung/30. November 1965/S. 212 C)

Herbert Wehner:

„Mit uns nicht! Wir sind mit Ihnen nicht zusammen. Wir sind außerhalb von Ihnen. Wir gehören nicht zu Ihrer Regierung, wir opponieren gegen die Regierung.“

(Beifall bei der SPD)

(V. Wahlperiode/10. Sitzung/2. Dezember 1965/S. 367 B)

„Es ist Ihre Sache, meine Damen und Herren von dieser Bundesregierung und der sie tragenden Koalition — manchmal habe ich den Eindruck, Sie tragen sie nicht nur, sondern Sie schaukeln sie —,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

mit den Problemen fertig zu werden. Unsere Sache ist es, Ihnen die Chance zu geben, sich nicht auf uns berufen zu müssen. Tun Sie bitte, was Sie vermögen.“

(V. Wahlperiode/10. Sitzung/2. Dezember 1965/S. 369 D/370 A)

Dr. Alex Möller:

„Politisch bleibt entscheidend, daß keine Opposition aus ihrer Position heraus Alternativen entwickeln kann, die die letzte Aussagekraft besitzen, da ja nicht sie Regierungspolitik betreibt. Jeder Haushalt ist aber die in verpflichtenden Zahlen ausgedrückte Regierungspolitik. Sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabenseite werden immer maßgebend von Gesetzen und deren Zielsetzungen beeinflußt, für die in vollem Umfang die Regierungskoalition und nur höchstens partiell die Opposition Verantwortung trägt. Wer diese Überlegungen mit einer Handbewegung abtut, verkennt die Zusammenhänge und begeht eine in der Politik unverantwortliche Kurzschlußhandlung: es ist unrealistisch! Politik soll und muß sich aber gerade in der Finanz- und Haushaltspolitik an Realitäten ausrichten. So ist der Versuch einer Alternative, einer Darstellung unserer Vorstellungen zu betrachten und zu werten.“

(V. Wahlperiode/71. Sitzung/10. November 1966/S. 3342 B)